

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/29

Bonn, den 10. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Weltraumforschung</u>	83

Wichtiges Element des wirtschaftlichen Wachstums

Von Hans Merten, MdB

2a	<u>Ministerium 007</u>	31
----	------------------------	----

James Bond mit Kabinettsrang

Von Dr. Wolfgang Stammberger, MdB

3	<u>Begründungen...</u>	39
---	------------------------	----

Wozu die Bundesministerien mehr Geld brauchen

Von Max Seidel, MdB

4	<u>Das neunte Festival kann das letzte sein</u>	50
---	---	----

Prestigekampf tobt auf dem Rücken der afrikanischen Jugend

Von Dr. Günther Müller, MdB

Bundsvorsitzender der Jungsozialisten

5 - 6	<u>Das griechisch-türkische Verhältnis</u>	91
-------	--	----

Durch Ausweisungen von Griechen belastet

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

+ + +

Weltraumforschung

Wichtiges Element des wirtschaftlichen Wachstums

Von Hans Merten, MdB

Die Weltraumforschung mit ihren Teilgebieten Weltraumkunde, Raumflugforschung und Raumflugtechnik ist nicht populär. Es werden Stimmen laut, die meinen, man solle dieses Gebiet von Wissenschaft und Technik den Weltmächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion überlassen. Dabei wird übersehen, daß es sich bei der Weltraumforschung um ein außerordentlich wichtiges Teilgebiet der Naturwissenschaften und der Technik handelt. Es ist allgemein anerkannter Grundsatz, daß die Leistungen in Naturwissenschaft und Technik Maßstab sind für die kulturelle und wirtschaftliche Kraft eines Staates. Es ist weiterhin anerkannter Grundsatz, daß das wirtschaftliche Wachstum eines Staates durch die Forschungsergebnisse der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften maßgebend bestimmt werden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dem Gebiet der Naturwissenschaften hat zur Voraussetzung, daß eigene Erkenntnisse und eigene Leistungen in diese Zusammenarbeit eingebracht werden können.

Dabei sollten Fragen des nationalen Prestiges oder der militärischen Brauchbarkeit von Forschungsergebnissen für die Bundesrepublik keine Rolle spielen. Das Gewicht der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte ist so groß, daß dies allein genügt, um umfassende Planung und staatliche Förderung der Weltraumforschung als dringende Notwendigkeit erscheinen zu lassen.

Die Welt kennt die Ergebnisse der Weltraumforschung in den USA und der Sowjetunion aus den erstaunlichen Leistungen dieser Länder, die durch die Begegnung von amerikanischen Weltraumkörpern im Raum und die weiche Landung eines sowjetischen Flugkörpers auf dem Mond ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Diese vielbewunderten Ergebnisse haben aber Auswirkungen auf die gesamte Wissenschaft, die Technik und die Wirtschaft. Die chemische Industrie wird zur Produktion von bisher selten benutzten Stoffen veranlaßt, die Werkstofftechnik muß neue Stoffe für extreme Bedingungen erzeugen, eine Spezial-Elektronik mit ihrer Bestrebung zur Miniaturisierung, d.h. der Unterbringung zahlreicher Bauelemente auf kleinstem Raum, dringt in viele neue Bereiche ein, verbesserte Energiequellen sind für die gesamte Industrie von Interesse. Ein Staat wird zur

Industrienation zweiten Ranges herabsinken, der bei der Entwicklung auf dem Gebiete der Weltraumforschung nicht Schritt hält.

Die Bundesrepublik hält nun auf diesem Gebiet nicht nur nicht Schritt, sondern befindet sich in einem gewaltigen Rückstand, der für ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eine unmittelbare Gefahr bedeutet. Obwohl die Bundesregierung diesen Rückstand anerkennt, hat sie daraus keinerlei Folgerungen in bezug auf die finanzielle Unterstützung dieses Gebietes gezogen. Im Jahre 1964 gaben Großbritannien 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Weltraumforschung aus, die USA 1,2, Frankreich 1,1, Italien 0,67 und die Bundesrepublik ganze 0,35 Prozent.

Im Jahre 1965 sind im Haushalt des Bundes 172 Millionen DM vorgesehen worden, die allerdings noch um 10 Prozent gekürzt wurden und von denen zwei Drittel aufgrund internationaler Verpflichtungen an internationale Organisationen gezahlt werden mußten. 400 Millionen DM aber wären nötig gewesen. So vergrößert sich der deutsche Rückstand von Jahr zu Jahr. Die deutsche Kommission für Weltraumforschung hält allein für das nationale Schwerpunktprogramm in den Jahren 1966 - 1970 mindestens einen Zuschuß von 990 Millionen DM für erforderlich, wozu dann noch an internationalen Verpflichtungen für den gleichen Zeitraum 760 Millionen DM kommen. Während zur Zeit nur die Hälfte der internationalen Verpflichtungen für das nationale Programm zur Verfügung stehen, wird im Ausland das Zwei- bis Dreifache dafür ausgegeben. Bei den Mitteln für das Schwerpunktprogramm beträgt das Verhältnis von nationalen zu internationalen Aufwendungen 1,6 : 1, ein keineswegs ideales Verhältnis, aber ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand.

Es ist zwar spät, aber noch nicht zu spät, daß der Bund hier seine Verantwortung erkennt. Die finanzielle Förderung dieses Forschungsgebietes kann rationell und sparsam nur im Rahmen eines vorliegenden Fünfjahresplanes erfolgen. Wenn die Garantie für die Erfüllung eines solchen Planes nicht gegeben ist und die finanziellen Mittel jedes Jahr weit unter den erforderlichen Beträgen bleiben, wird das uns alle teuer zu stehen kommen. Die öffentlichen Ausgaben für diesen Teil der wissenschaftlichen Forschung sollten Vorrang im Haushalt des Bundes haben, denn sie sind Investitionen für die Lebensfähigkeit eines Industriestaates.

Ministerium 007

James Bond mit Kabinettsrang

Von Dr. Wolfgang Stammberger, MdB

Das unheimliche Treiben ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik erregt die deutsche Öffentlichkeit. Es ist das gleiche Unbehagen, das sie vor zwei Jahren spürte, als die "Abhör-Affäre" den Bundestag beschäftigte. Es mag das Bedürfnis "auch etwas dazu zu sagen" gewesen sein, daß einen Bundestagsabgeordneten der FDP bewog, wieder einmal die Zusammenlegung aller deutschen Geheimdienste zu fordern.

Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und militärischer Abschirmdienst aber sind in ihrer Aufgabenstellung so verschieden, daß ihre Zusammenfassung und damit ihre Herauslösung aus den jeweiligen Ministerien, mit deren Aufgabenbereich sie im Zusammenhang stehen, eine sehr willkürliche Konstruktion wäre. Nur für den oberflächlichen Betrachter hätte sie eine "optische" Wirksamkeit, die mit dem Vorschlag wohl auch beabsichtigt war. Daß der Leiter dieses geheimen Kammdienstes schließlich sogar Kabinettsrang erhalten soll, verstärkt nur die Bedenken gegen den Vorschlag. Der ständige Versuch der Erweiterung der Kompetenzen dieses Amtes wäre die Folge - wo aber liegt dann die Grenze?

Daß diese Grenze dann leicht überschritten werden kann, zeigt ein neuer Vorschlag des gleichen Abgeordneten: Das neue Kammutamt soll sich nicht mehr nur mit dem Sammeln von Nachrichten und Informationen begnügen, die dann den Strafverfolgungsbehörden zugeleitet werden und den Strafgerichten bei der Urteilsfindung dienen - es soll vielmehr selbst "Exekutive" erhalten: Ein Geheimdienst also, dessen Exekutive keiner öffentlichen Kontrolle durch das Parlament und keiner Überprüfung durch die unabhängigen Gerichte unterliegt. Die Ben-Barka-Affäre in Frankreich sollte uns rechtzeitig die Augen öffnen.

Ministerium 007 - James Bond mit Kabinettsrang: Mit diesem der Karnevalszeit angepaßten Scherzwort sollte man über den Vorschlag des FDP-Abgeordneten zur Tagesordnung übergehen! Wäre dem nicht so, sollte man allerdings deutlicher werden: Die Verfassung und damit unser Rechtsstaat kann nicht dadurch geschützt werden, daß man sich "etwas außerhalb der Legalität bewegt"!

Begründungen ...

Wozu die Bundesministerien mehr GOLD brauchen

Von Max Seidel, MdB

Im Bundeshaushalt 1966 sind - wie jedes Jahr - in den Einzelplänen der Ministerien die Ausgaben für die Beihilfen an Beamte, Richter und sonstige Amtsträger nach den geltenden Beihilfevorschriften ausgewiesen. Das ist selbstverständlich; auch die jeweiligen Mehranforderungen sind nichts Ungewöhnliches. Weniger ungewöhnlich als aufschlußreich ist es, wie die Mehranforderungen von den einzelnen Ministerien in den Erläuterungen des Bundeshaushalts begründet werden. So viel Ministerien wir haben, fast so viel unterschiedliche Anmerkungen gibt es in der Sache dazu. Dafür einige Beispiele:

Das **I n n e r m i n i s t e r i u m** begründet: "Mehr wegen Erhöhung der Verpflegungssätze in den Krankenanstalten und nach dem tatsächlichen Bedarf des Vorjahres."

Das **J u s t i z m i n i s t e r i u m** weist darauf hin: "Mehr infolge Personalvermehrung im Rechnungsjahr 1965 und höhere Krankheitskosten."

Das **F i n a n z m i n i s t e r i u m** wird erwähnt: "Mehr infolge Erhöhung der Gebühren für Ärzte aufgrund der Gebührenerhöhung vom 18. März 1965."

Und was sagt das **A r b e i t m i n i s t e r i u m**?
"Mehr infolge erhöhter Arzt-, Krankenhaus- und Arzneimittelkosten."

Das **V e r t e i d i g u n g s m i n i s t e r i u m** gibt an: "Mehr infolge weiteren personellen Aufbaues der Bundeswehr sowie Änderung der Gebühren für Ärzte und Zahnärzte vom 1. April 1965."

Vom **V e r t r i e b e n e n m i n i s t e r i u m** erfahren wir: "Durch die gestiegenen Kosten für Heilbehandlungen und Medikamente reicht der bisherige Ansatz nicht mehr aus."

Das **F a m i l i e n m i n i s t e r i u m** meint: "Mehr entsprechender Ist-Ausgaben im Rechnungsjahr 1964."

Das **G e s u n d h e i t s m i n i s t e r i u m** weiß es ganz genau: "Mehr wegen steigender Krankheitskosten."

Auch die anderen Ministerien begnügen sich meist mit der lapidaren Anmerkung: "Veranschlagt nach dem voraussichtlichen Bedarf."

Auf die Begründung der Mehranforderungen wegen Personalvermehrung könnte fast jedes Ministerium hinweisen. Bemerkenswert bleibt allein die unterschiedliche Offenheit der Ministerien, wenn sie die wahren Gründe der Mehranforderungen in ein und derselben Sache im Bundeshaushalt umschreiben.

Das neunte Festival kann das letzte sein

Prestigekampf tobt auf dem Rücken der afrikanischen Jugend

Von Dr. Günther Müller, MdB

Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Afrika macht den Vorbereitungsstrategen für das neunte "Festival der Jugend" Kopfzerbrechen. Statt eines mit großem Propagandaaufwand vorbereiteten "Treffens der afrikanischen Jugend gegen Imperialismus und Neokolonialismus" in Algier im August 1965 gab es eine Absage und Vertagung. Das internationale Vorbereitungskomitee beschloß daraufhin im September in Prag, nach Kairo auszuweichen. Aber auch dieser Versuch scheiterte, weil Ägyptens Staatspräsident Nasser seine Zustimmung verweigerte. So blieb nichts anderes übrig, als das Angebot des ghanaischen Staatspräsidenten Nkrumah anzunehmen und im September 1966 in Accra die neunten Weltjugendfestspiele abzuhalten.

Dieser Festlegung auf Accra gingen im internationalen Vorbereitungskomitee heftige Auseinandersetzungen voraus, die zeigen, daß die Fraktionen des Weltkommunismus auch hier ihre Anhänger haben. Während die Lateinamerikaner für Havanna waren, setzten sich die Chinesen weiter für Algier ein. Auch das Votum für Accra kam gegen sowjetische Bedenken zustande. Die Russen halten die politische Lage in Ghana nicht für allzu stabil und fürchten bei einer erneuten Absage der Weltjugendfestspiele völlig das Gesicht zu verlieren. Auf dem Rücken der afrikanischen Jugend tobt heute ein kommunistischer Prestigekampf, der nur zeigt, wie sehr der Einfluß des Kommunismus auf Afrika zurückgegangen ist.

Der "Weltbund demokratischer Jugend" (WBDJ) und der "Internationale Studentenbund" (ISB), die beiden kommunistisch kontrollierten Weltjugendorganisationen, bemühen sich krampfhaft, ihren Einfluß in Afrika auszuweiten. Seit dem letzten in Sofia abgehaltenen ISB-Kongreß, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Russen und Chinesen kam, ist der Einfluß dieser Organisationen in Afrika im Schwinden, da man unter dem Eindruck der ideologischen Streitigkeiten mit einigen afrikanischen Studentenorganisationen die deutliche kommunistische Tendenz erkannte. Das Exekutivkomitee des ISB versuchte nun im Dezember in Khartum auf afrikanischem Boden seine alljährliche Sitzung durchzuführen, um die Solidarität mit Afrika zu beweisen. Aber auch hier hatten die kommunistischen Studenten Pech. Die sudanesisische Regierung verbot kurzfristig diese Tagung.

So bleibt denn dem ISB nichts anderes übrig, als schließlich auch nach Ghana zu gehen. Der nächste ISB-Kongreß soll in Accra stattfinden. Der "Weltbund demokratischer Jugend" schließlich will in Accra ein Institut zu politischen Studien der Jugendkader" einrichten. Damit wären alle drei kommunistischen Organisationen in ihrem Bemühen um die Jugend Afrikas in Accra still vereint: Ein Beweis ihrer Isolierung.

Es scheint übrigens nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis es zu einer offenen Spaltung des ISB und des WBDJ kommt. Durch den Auftritt der chinesischen Delegierten und ihrer Anhänger kam es auf der letzten Sitzung des Exekutivkomitees des ISB in Prag zu derartig stürmischen Szenen, wie sie "das Hotel Moskwa seit seinem Bestehen" - nach Ansicht des ISB-Präsidenten Zbynek Vokrouhlicky - "bisher noch nicht erlebt hatte".

Unter diesen schwierigen Bedingungen scheinen die Sowjets nicht mehr bereit zu sein, die Weltjugendfestspiele im gegenwärtigen Stil fortzuführen. Anstelle der Weltjugendfestivals sollen kleinere Veranstaltungen mit regionalem Charakter treten, die leichter vorbereitet, finanziert und kontrolliert werden können.

Das griechisch-türkische Verhältnis

Durch Ausweisungen von Griechen belastet

Von Dr. Basil F. Mathiopoulos

In der Weltpresse erschien in den letzten Tagen eine kurze Meldung: "Die letzten 76 Griechen in der Türkei werden bis zum 1. April dieses Jahres des Landes verwiesen!" Damit wird der Schlußstrich unter den letzten Akt einer Tragödie gezogen, die sich am Rande der Weltöffentlichkeit abspielte. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges befanden sich mehr als 100 000 Griechen in der Türkei, davon allein 12 000 in Konstantinopel. Vielen davon, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg in der Türkei lebten, wurden 1930 aufgrund einer Vereinbarung beider Staaten trotz ihres christlichen Glaubens die türkische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Griechenland seinerseits naturalisierte die 100 000 Türken in West-Trazien und erkannte ihre Rechte auf Religion, Sprache, Lehrer und Vertreter im Parlament an. Dieselben Rechte erhielt später nach dem Zweiten Weltkrieg die türkische Minderheit auf dem Dodekanes, als dieser von Italien an das Mutterland Griechenland abgetreten wurde.

Die beiden nationalen Minderheiten, die türkische in Griechenland und die griechische in der Türkei, lebten in den 30-er Jahren und der ersten Zeit nach dem Weltkrieg in Frieden. Als Griechenland aber im Jahre 1954 die Zypernfrage vor die UNO brachte, kam es im September 1955 zu den bekannten türkischen Ausschreitungen gegen die in Konstantinopel und Smyrna lebenden Griechen, deren Maß und Grad an die Methoden vergangener Jahrhunderte erinnerte. In diesem Augenblick zeigten sich die unterschiedliche Beurteilung der politischen und menschlichen Aspekte in Athen und Ankara. Politisch protestierte Griechenland in schärfster Form und wandte sich wegen des Unrechtes, das seine wehrlosen Landsleute in der Türkei erlitten, an die Weltöffentlichkeit. Auf der anderen Seite wurde den Türken in West-Trazien kein Haar gekrümmt.

Unterschiedliche Behandlung der Minderheiten

Nach dem erneuten Ausbruch der Zypernkrise zu Weihnachten 1963 drohte Ankara nicht nur mit einer militärischen Invasion auf der Mittelmeerinsel, sondern begann damit, die Griechen systematisch aus der Türkei auszuweisen. Im Jahre 1964 nahmen die Ausweisungen das Ausmaß eines Stromes an; täglich kamen kranke alte Leute und Kinder ohne jegliche Entschädigung per Flugzeug nach Griechenland. Insgesamt verließen 12 000 griechische Staatsbürger endgültig die Türkei; außerdem 60 000 türkische Staatsbürger griechischer Abstammung, die zwar nicht ausgewiesen wurden - das wäre juristisch unmöglich gewesen - aber durch ständigen Boykott ihrer Arbeit sich gezwungen sahen, nach Griechenland zurückzukehren. Die Regierung Papandreu, zu deren Zeit die meisten Ausweisungen der Griechen erfolgte, traf keine Gegenmaßnahmen. Der damalige Regierungschef Georg Papandreu betonte in diesem Zusammenhang, daß die griechischen Traditionen es verbieten, wehrlose und unschuldige Menschen zu verfolgen. Somit bietet sich die heutige Situation folgendermaßen: Während der türkische Innenminister Faruk Soukan am 3. Februar erklärte, daß sich am 1. April von den ehemals 12 000 Griechen kein einziger mehr im Lande befinden werde, gehen die 100 000 Türken in West-Trazien und auf dem Dodekanes nach wie vor unangetastet ihrer

Arbeit nach. Die unterschiedliche Behandlung der Minderheiten auf beiden Seiten spricht wohl ihre eigene Sprache.

Kampagne gegen das Patriarchat

Eine neue Quelle zu ernsthafter und starker Besorgnis ist mit der konsequenten Kampagne der türkischen Presse gegen das Patriarchat von Konstantinopel entstanden. Nachdem zwei Bischöfe aus der Türkei ausgewiesen und die patriarchalische Druckerei beschlagnahmt wurde, verlangen nun zwei türkische Abgeordnete in Presseerklärungen das Abreißen des historischen Gebäudes des Patriarchen mit der Begründung, die Straße müsse verbreitert werden.

Das ist eine neue Variante unter den vielen Stimmen, die seit langem die Abschaffung des Patriarchats von Konstantinopel fordern, das seit dem 4. Jahrhundert n. Chr. besteht. Diese Forderung kann die Türkei aber nur noch in Form von Anliegen und Wünschen schriftlich vorbringen, verwirklichen kann sie einen solch schwerwiegenden Schritt nicht. Der derzeitige Patriarch von Konstantinopel, Athinagoras, Oberhaupt der orthodoxen Kirche in der Welt, hat nämlich während seiner beinahe zwanzigjährigen Amtszeit die Verbindungen mit den anderen christlichen Kirchen nach Jahrhunderten wieder aufgenommen. Nachdem die Beziehungen der orthodoxen Kirche zu der Anglikanischen und der Protestantischen sehr gut geworden waren und sich bei dem Weltkirchenrat in den zwanziger Jahren eine Zusammenarbeit dieser Kirchen anbahnte, entspann sich auch zwischen Konstantinopel und Rom ein freundlicher Dialog. Am 6. Januar 1964 trafen sich der Patriarch und Papst Paul in Jerusalem. Dies war die erste Begegnung seit dem Konzil von Florenz im Jahre 1439. Am Zweiten Vatikanischen Konzil nahmen Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel als Beobachter teil, und im Dezember 1965 wurde die gegenseitige Bannbulle aus der Schismazeit in einem feierlichen Ritual aufgehoben. Damit genießt der Patriarch von Konstantinopel heute die moralische Unterstützung der gesamten christlichen Welt. Übrigens erfreut sich der Patriarch, der früher Erzbischof in Nordamerika und amerikanischer Staatsbürger war, großer Sympathien in den Vereinigten Staaten. Ankara wird es sich sehr gut überlegen, im 20. Jahrhundert einen Schritt zu unternehmen, der die heftige Reaktion jedes zivilisierten Menschen in der Welt hervorruft.

Es wäre vielmehr eine Forderung der Vernunft, nun, da sich auf Zypern eine friedliche Entwicklung anbahnt und die Türkei ständig schwierigen wirtschaftlichen Problemen gegenübersteht, ein gutes Verhältnis zu dem Nachbarn Griechenland herzustellen, denn auf lange Sicht werden es seine eigenen Interessen doch zur Ruhe in diesem neuralgischen Raum des Mittelmeeres zwingen. Die Griechen ihrerseits sind bereit, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen - das haben sie mit dem Freundschaftsvertrag von 1930 ja schon bewiesen - und gute nachbarliche Beziehungen zu Ankara zu unterhalten, wenn die Drohungen der anderen Seite endgültig verstummen.